

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Demokratie stärken – Desinformation gezielt entgegenwirken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Gezielte Desinformationskampagnen stellen eine erhebliche Bedrohung für die Demokratie dar.
 - a) Falschmeldungen, die Analyse von Nutzerinnen- und Nutzerdaten und die gezielte Ansprache von besonders empfänglichen Menschen wirkten sich entscheidend auf den Ausgang des Brexit-Referendums im Jahr 2016 in Großbritannien aus. Eine erhebliche Rolle spielten dabei die Datenanalyseunternehmen Cambridge Analytica und AggregateIQ.
 - b) Die US-Sicherheitsbehörden wiesen am Tag vor der Präsidentschaftswahl darauf hin, dass ausländische Kräfte versuchen würden, das öffentliche Vertrauen in die Integrität der Wahlen zu unterminieren. Vor allem Influencer, die mit Russland in Verbindung stünden, fabrizierten Videos und Artikel, die die Legitimität der Wahl infrage stellten und Zweifel am Wahlprozess schürten.
 - c) Während der Covid-19-Pandemie ab dem Jahr 2020 waren massive Desinformationskampagnen über Impfungen, die Ursprünge des Virus und alternative Behandlungsmethoden zu beobachten. Verschiedene Akteure, darunter zivilgesellschaftliche Gruppierungen, aber auch ausländische Staatsmedien, nutzten Social-Media-Plattformen, um Falschinformationen zu verbreiten und das öffentliche Vertrauen in die Wissenschaft und die Maßnahmen der Gesundheitsbehörden zu erschüttern.

- d) Der russische Krieg gegen die Ukraine wird auch im Internet geführt, insbesondere in den sozialen Medien. Zu Beginn des Jahres hat das Auswärtige Amt eine Desinformationskampagne aus Russland auf der Onlineplattform X (ehemals Twitter) aufgedeckt, bei der 50 000 gefälschte Nutzerkonten und Deepfakes millionenfach eingesetzt wurden, um die Bundesregierung zu diskreditieren und das Vertrauen in die Demokratie zu erschüttern.
2. Medien spielen eine zentrale Rolle in demokratischen Meinungsbildungsprozessen. Die Verbreitung von Desinformation, insbesondere in Wahlkampf- oder Krisenzeiten, kann eine informierte öffentliche Meinungsbildung gefährden und das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1. in enger Zusammenarbeit mit der Landesmedienanstalt, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit eine nachhaltige und langfristige Strategie gegen Desinformation zu entwickeln und umzusetzen.
 2. Diese Strategie soll insbesondere die folgenden Maßnahmen umfassen:
 - a) Öffentliche Informationskampagnen
Es wird eine landesweite Informationskampagne zur Aufklärung über Desinformation entwickelt. Diese soll auch durch Plakate auf Werbeflächen im öffentlichen Raum, etwa im öffentlichen Personennahverkehr, realisiert werden. Zudem wird eine zielgerichtete Social-Media-Kampagne konzipiert, die auf die gängigsten Plattformen ausgerichtet ist.
 - b) Effektive Beobachtung und Analyse verfassungsfeindlicher Akteurinnen und Akteure
Die Beobachtung und Analyse von verfassungsfeindlichen Akteurinnen und Akteuren im öffentlichen Raum, die Desinformation gezielt zur Manipulation des öffentlichen Diskurses einsetzen, soll künftig einem unabhängigen und auf Grundlage öffentlich zugänglicher Quellen arbeitenden wissenschaftlichen Institut übertragen werden. Der Landtag beauftragt die Landesregierung, ein Konzept für die Organisation und Finanzierung eines solchen Instituts vorzulegen.
 - c) Förderung von Medienkompetenzprojekten
Die Förderung innovativer Pilotprojekte und bestehender zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich der Medienkompetenzbildung wird neu konzipiert und ausgebaut, um die Bevölkerung gezielt im Umgang mit Desinformation zu schulen.
 - d) Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen
Zivilgesellschaftliche Organisationen in Mecklenburg-Vorpommern, die sich der Aufklärung und Bekämpfung von Desinformation widmen, erhalten verstärkte Unterstützung.
 - e) Fortbildung der Landesverwaltung
Alle Mitarbeitenden in der Landesverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern werden regelmäßig in Bezug auf Desinformation sensibilisiert und geschult. Darüber hinaus werden fortlaufende Schulungen zur IT-Sicherheit angeboten, um der Bedrohung durch Desinformation und Cyberangriffe zu begegnen.

- f) **Stärkung bestehender Institutionen**
Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern wird finanziell und personell gestärkt, damit diese ihre Aufgaben im Bereich der Bekämpfung von Desinformation effektiv ausbauen kann. Der Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern wird präzisiert, damit diese weitere Projekte gegen Desinformation entwickeln und umsetzen kann. Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit wird in seiner Rolle gestärkt, den Missbrauch von Daten einzudämmen, die zur Verbreitung von Desinformationen verwendet werden.
- g) **Stärkung der Polizei zur Bekämpfung von Desinformation**
Die Fähigkeit der Landespolizei und insbesondere des Landeskriminalamtes zur Verfolgung von im Zusammenhang mit Desinformationskampagnen im Internet begangenen Straftaten einschließlich der Volksverhetzung nach § 130 des Strafgesetzbuches (StGB), der üblen Nachrede nach § 186 StGB, dem Verbreiten falscher Drohungen nach § 126 StGB und der Verbreitung gefälschter Beweismittel nach § 269 oder § 267 StGB wird ausgebaut.
- h) **Engagement auf Bundes- und EU-Ebene**
Die Landesregierung setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, Social-Media-Plattformen nachhaltig in die Verantwortung zu nehmen. Insbesondere sollen die mit dem Gesetz über Digitale Dienste neu eingerichteten Instrumente vollumfänglich nutzbar gemacht werden, um Desinformation zu bekämpfen.
- i) **Berichtspflicht**
Dem Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung und dem Ausschuss für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten wird bis zum 30. April 2025 ein Bericht über die bis dahin ergriffenen und die weiteren geplanten Maßnahmen vorgelegt.

Constanze Oehlich und Fraktion

Begründung:**Zu Ziffer I**

Desinformationskampagnen bedrohen Freiheit und Demokratie, indem sie das Vertrauen in Institutionen und die Meinungsbildung untergraben. Beispiele wie der Missbrauch von Daten im Brexit-Referendum, die Verbreitung von Fake News bei den US-Wahlen, Desinformation während der Covid-19-Pandemie und auch staatlich gesteuerte Propaganda im Ukraine-Krieg zeigen die weitreichenden Folgen solcher Kampagnen. Besonders durch technische Manipulationen wie Deepfakes und gefälschte Nutzerkonten wird die öffentliche Meinung gezielt beeinflusst, was demokratische Prozesse und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet.

Der Einsatz staatlich geförderter Desinformationskampagnen zur Manipulation der öffentlichen Meinung und die Verbreitung von Propaganda verdeutlichen, wie autoritäre Regime digitale Medien nutzen, um Demokratien zu destabilisieren.

Eine informierte Öffentlichkeit ist die Grundlage für demokratische, faktenbasierte Entscheidungen. Die gezielte Verbreitung von Desinformation bedroht dieses Prinzip.

Zu Ziffer II

Eine nachhaltige Strategie ist notwendig, um Desinformation systematisch und langfristig entgegenzuwirken. Eine enge Zusammenarbeit mit relevanten Institutionen gewährleistet Expertise und Effektivität.

Die Aufklärung der Bevölkerung über Desinformation und deren Mechanismen ist essenziell, um Resilienz zu fördern. Öffentlichkeitsarbeit über Plakate und soziale Medien erreicht verschiedene Zielgruppen und stärkt das Bewusstsein.

Ein unabhängiges Institut bietet die nötige Neutralität und wissenschaftliche Basis, um Akteurinnen und Akteure zu identifizieren, die Desinformation zur Manipulation nutzen, und liefert fundierte Analysen und Handlungsempfehlungen.

Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation, um Falschinformationen zu erkennen. Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen fördert das Engagement vor Ort und erreicht gezielt unterschiedliche Bevölkerungsgruppen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen leisten einen wichtigen Beitrag, um Desinformation entgegenzuwirken, und verdienen zusätzliche Unterstützung, um ihre Reichweite und Effektivität zu erhöhen.

Die Sensibilisierung und Schulung der Landesverwaltung ist zentral, da Behörden oft Ziel von Desinformation sind und die Bevölkerung kompetent unterstützen müssen.

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern ist eine unabhängige Landesbehörde, die für die Regulierung und Förderung der Medienlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern zuständig ist. Sie unterstützt Projekte und Initiativen, die Bürgerinnen und Bürger im sicheren und kritischen Umgang mit Medien schulen. Dies ist besonders wichtig, um Desinformation und Manipulation zu erkennen und einzuordnen. Zudem kontrolliert sie Inhalte auf Plattformen wie sozialen Medien, Streaming-Diensten und Webseiten, um sicherzustellen, dass diese nicht gegen gesetzliche Vorgaben verstoßen.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist eine staatliche Einrichtung, die politische Bildung fördert und das Verständnis für demokratische Prozesse in der Bevölkerung stärkt. Sie vermittelt Wissen über Demokratie, politische Prozesse, Institutionen und Grundrechte, um politische Handlungsfähigkeit zu fördern. Dazu gehört, dass Menschen lernen, Desinformation zu erkennen, Quellen kritisch zu hinterfragen und sich gegen gezielte Fehlinformationen zu wappnen. Besonders Schulen und Jugendliche sind hierbei eine zentrale Zielgruppe.

Die Polizei spielt eine Schlüsselrolle bei der Abwehr strafbarer Desinformationskampagnen, insbesondere dann, wenn sie gezielt zur Destabilisierung der Gesellschaft, zur Verbreitung von Hass oder zur Begehung anderer Straftaten eingesetzt werden.

Desinformation ist ein globales Problem. Der Einsatz der Landesregierung auf nationaler und europäischer Ebene sorgt für einheitliche und durchsetzbare Regelungen, insbesondere bei der Verantwortung von Social-Media-Plattformen.